

Vorwort	VII
Einleitung	1
A. Nationale Gleichberechtigung und Verfassungswandel 1848 bis 1867	17
1. Gleichberechtigungspostulat und Verfassungsbewegung 1848–1849	17
2. Nationale Gleichberechtigung als Instrument kaiserlicher Politik 1848 bis 1851	29
3. Vom Neoabsolutismus zum Ausgleich: mißglückte Konsolidierung, Verfassungsexperimente und die Renaissance des Gleichberechtigungspostulats 1852–1867	41
B. Die Gleichberechtigung der Volksstämme als staatsbürgerliches Recht	53
1. Die Entstehung des Art. 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger als Kompromißformel	53
2. Art. 19 als „Verheißungsgesetz“ oder unmittelbar anwendbares Recht; die Rolle des Reichsgerichts und des Verwaltungsgerichtshofes	58
3. Volksstämme und Sprachen	74
C. Gleichberechtigung und Sprachenrecht	83
1. Die Frage der Staatssprache	83
2. Die Sprache der Gesetzgebung: Gesetzgebende Körperschaften und Gesetzblätter	91
a) Reichsrat und Reichsgesetzblatt	91
b) Landtage und Landesgesetzblätter	94
3. Sprachliche Gleichberechtigung und öffentliche Verwaltung	98
4. Gleichberechtigungsgebot und autonome Verwaltung	105
5. Gleichberechtigungsgebot und staatliche Verwaltung	125
6. Gleichberechtigungsgebot und Gerichtssprache	140
7. Unterrichtssprache, Nationalitätenschule und „Sprachenzwangverbot“	166
D. Das Recht auf nationale Autonomie und das Recht auf nationale Zugehörigkeit	189
1. Ansätze zur nationalen Autonomie: Personengruppen und juristische Personen als Träger des Rechts auf nationale Gleichberechtigung	189
2. Nationale Autonomie und nationale Zugehörigkeit bis zum mährischen Ausgleich: die nationale Trennung autonomer Behörden und Körperschaften	200
3. Die nationale Autonomie im mährischen Ausgleich	213
4. Schritte zur nationalen Autonomie in anderen Kronländern; die Ausgleichsgesetzgebung in der Bukowina und in Galizien	229
5. Schluß	240

Quellenanhang	249
Vorbemerkung	249
1. Zum Sprachengebrauch bei öffentlichen Verhandlungen des Verwaltungsgerichtshofes – Beratungsprotokoll des Verwaltungsgerichtshofes (1877)	251
2. Beschwerde des ruthenischen Nationalinstituts „Dom Narodny“ in Lemberg an das Reichsgericht – Beratungsprotokoll des Reichsgerichts (1882)	255
3. Beschwerde der Stadtgemeinde Budweis an den Verwaltungsgerichtshof – Verhandlungs- und Beratungsprotokolle des Verwaltungsgerichtshofes (1883)	258
4. Beschwerde der Gemeinde Verbenico (Istrien) an das Reichsgericht – Beratungsprotokoll des Reichsgerichts (1888)	263
5. Beschwerde der Gemeinde Feistritz bei Bleiburg (Kärnten) an das Reichsgericht – Beratungsprotokoll des Reichsgerichts (1892)	269
6. Beschwerden von Wiener Tschechen an das Reichsgericht – Verhandlungs- und Beratungsprotokolle des Reichsgerichts (1904)	278
7. Beschwerde des böhmischen Ortsschulrats in Hussowitz (Mähren) an den Verwaltungsgerichtshof – Mündliche Äußerung des Beschwerdevertreters Dr. Václav Perek (1911)	306
8. Beschwerde des Gemüsehändlers Johann Lehar in Hohenstadt (Mähren) an den Verwaltungsgerichtshof – Beschwerdeschrift (1912)	311
Bibliographie	317
Personenregister	333
Ortsregister	337
Sachregister	340